



Dr. Brigitte Birnbaum

Besseres Personalmanagement bitte!

Die im Frühjahr 2018 drohenden Einsparungen im Justizresort konnten durch Protestaktionen der Richter und Staatsanwälte abgewendet werden. Deutlich verschlimmert hat sich die Situation zuletzt beim Verwaltungspersonal. Einsparungen bei diesem wirken sich auf die Gerichtsbarkeit fatal aus. Richter zusätzlich mit administrativen Aufgaben zu belasten verlängert Verfahren und ist vor allem unwirtschaftlich.

Gerichtsabteilungen sind ungenügend personell ausgestattet. Rechtsanwälte, die bei Gericht verhandeln, sind mit diesem Missstand regelmäßig konfrontiert. Es gibt keinen Polster für Mitarbeiter, die längere Zeit wegen Krankheit oder Inanspruchnahme von Fortbildungsveranstaltungen ausfallen. Auch das Outsourcen an externe Schreibdienste hat nicht den erhofften Erfolg gebracht.

Das voriges Jahr in Kraft getretene Erwachsenenschutzgesetz bedeutet eine Menge zusätzlicher Arbeiten sowohl für richterliches wie für nichtrichterliches Personal. Der dadurch in der Pipeline entstandene Stau war vorhersehbar. Leider wurden bisher von der Justizverwaltung keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt.

Wer Dienstleistungen der Justiz in Anspruch nimmt, wird dafür ordentlich zur Kasse gebeten. Gerichtsgebühren haben ein Ausmaß erreicht, das für einkommensschwächere Rechtsuchende kaum mehr leistbar ist.

Die Summe der vereinnahmten Gerichtsgebühren führt seit Jahren zu einem Überschuss. Kein Rechtsuchender wird dafür Verständnis aufbringen, dass der Überschuss zur teilweisen Finanzierung des Strafvollzugs fremdverwendet wird. Dieser von den Gerichten erarbeitete Überschuss sollte dringend für die ausreichende personelle Ausstattung des Verwaltungspersonals verwendet werden.